

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberalen fordern Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Mobile 079 358 14 85 Tiana Moser, Mobile 076 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	1. Dezember 2010

### Grünliberale fordern Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik

Die Staatseinnahmen haben sich deutlich besser entwickelt, als befürchtet. Trotz gewisser unbefriedigenden Entwicklungen können die nationalen Vertreter der Grünliberalen Partei den Voranschlag 2011 vertreten. Besonders positiv werten sie dabei, dass die präsentierte Vorschlag Schuldenbremse konform ist. Unverständlich ist allerdings, dass die Mehrheit des Parlaments, die vorgeschlagenen Mittel bei der Entwicklungshilfe aus dem Voranschlag gestrichen hat. Dies obwohl die Schweiz als klare Gewinnerin der Globalisierung aus Sicht der Grünliberalen einen Teil der Verantwortung mit Beiträgen zu einer effizienten Entwicklungshilfe zu leisten habe.

Die Grünliberalen haben sich für die vom Bundesrat vorgeschlagenen Mittel bei der Entwicklungshilfe ausgesprochen. Die Schweiz hat als Globalisierungsgewinnerin auch zu ihrer Verantwortung im Rahmen der vereinbarten Millenniumsziele zu stehen, weshalb die Zielmarke von 0.5% (oder ein möglicher Kompromiss von 0.45%) aus Sicht der Grünliberalen eine durchaus sinnvolle Grösse gewesen wäre. Die jetzt vom Nationalrat vorgenommene Budgetoptimierung trifft Mittel im Bereich Klima und Wasser. Dies bedauern die Grünliberalen zusätzlich, obwohl sie der legalistischen Argumentation, Budgetposten nicht ohne inhaltlich beschlossene Vorlagen zu genehmigen, ein gewisses Verständnis entgegen bringen.

Aus Sicht der Partei muss der immer noch zu hohen Verschuldung in konjunkturell guten Zeiten entgegengewirkt werden, indem massive Überschüsse für die Schuldentilgung eingesetzt werden. Es darf nicht sein, dass Defizite in öffentlichen Kassen zur Normalität werden. Eine Priorisierung der Ausgaben finden die Grünliberalen für die Zukunft deshalb unerlässlich.

Auch die Finanzplanung sieht wenig erfreulich aus und trotz einer Umsetzung des immer umstritteneren Konsolidierungsprogrammes (KOP) drohen strukturelle Defizite. Ab dem Jahr 2012 werden markante Sparmassnahmen notwendig sein, damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Es ist deshalb wichtig, dass bereits jetzt Mass gehalten wird und eine Balance zwischen Ausgaben zur Kontinuität in staatlichen Handeln mit einem klaren Anbremsen beim Wachstum des Aufwandes gefunden werden kann. Die Grünliberalen sehen bei folgenden Punkten Handlungspotential:

- Der Staat kann und soll nicht länger die direkten und die indirekten Kosten von Umweltschäden schlicht übernehmen. Die Sicherheit der Schweiz wird zukünftig immer stärker von einer schlüssigen Klima- und Umweltpolitik abhängen. Geplante Schritte des Bundes, die diesen Punkt aufgreifen, sind im Voranschlag 2011 nicht zu erkennen.
- In der Gesundheitspolitik müssen die Akteure sich auf die Erreichung gemeinsamer Ziele verständigen. Die heutige Selbstbedienung der beteiligten Stakeholder muss einem nachhaltigen Umgang mit dem Geld weichen.
- In der Sozialpolitik wünschen sich die Grünliberalen, dass die politischen Akteure die Grenzen der Finanzierbarkeit künftig respektieren. Wir müssen wieder vermehrt zu ursprünglichen Werten finden und weg von einer übertriebener Anspruchshaltung gegenüber dem Staat. Es braucht ein Netz für Härtefälle mit Anreizen für eine Wiedereingliederung.

- Auch die Landwirtschaft darf sich dem Blick der Realität nicht entziehen. Die Milchschwemme und der künstlich hochgehaltene Milchpreis sprechen eine eindeutige Sprache und lassen eine zusätzliche Erhöhung der Verkäufungszulage nicht zu.
- Beim Personal- und Sachaufwand wurde aus Sicht der Grünliberalen für das Jahr 2011 zu wenig unternommen, weshalb die Partei für die Kreditsperre von 2% bei den Personalkosten Sympathie hat. Es bleibt hier zu betonen, dass es sich dabei nicht um eine Kürzung, sondern um eine Beschränkung des Wachstums handelt. Der Stellenausbau und die Ausgabenerhöhungen dürfen nicht ungebremst weiter steigen.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass sich das Thema Nachhaltigkeit nicht nur in den Bereichen Umwelt und Soziales, sondern auch in der Finanzpolitik angewendet werden muss. Aus Respekt gegenüber den uns folgenden Generationen.